

## Die türkische Demokratie seit 1960

In der Vortragsreihe der Südosteuropa-Gesellschaft über aktuelle Fragen des europäischen Südostens sprach am 28. April 1970 Frau Prof. Dr. Nermi A b a d a n, Ankara, über „Die politische Entwicklung der Türkei 1960—1970“ in den Räumen unserer Gesellschaft in München. Frau Prof. Abadan ist die Inhaberin des Lehrstuhls für Politisches Verhalten (Universität Ankara) und die Vizepräsidentin des Vereins für Politische Wissenschaft (IPSA). Bekannt geworden ist Nermi Abadan, die gegenwärtig im Rahmen einer Gastprofessur an der Universität München lehrt, außer durch ihre akademische Wirksamkeit vor allem durch zahlreiche Studien und eine empirische Studie über die Lage der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland.

An der Vortragsveranstaltung nahmen u. a. teil: Mustafa Cetin O r a n, Generalkonsul der Türkei, München, mit mehreren Herren des hiesigen türkischen Generalkonsulates, der jugoslawische Konsul Dragomir B e n d i ć, die Professoren Kurt S o n t h e i m e r, K e i m, G e i p e l, die Landtagsabgeordneten Z a n k l und S c h o s s e r und zahlreiche deutsche und türkische Studierende. Die Leitung des Abends hatte Prof. Dr. Hans-Joachim K i s s l i n g, der auch die Pflichten des Hausherrn wahrnahm. Die temperamentvollen Ausführungen Nermi Abadans fanden ihre Fortsetzung in einer überaus lebhaften Diskussion, der erst die nahende Mitternacht ein Ende setzte. Die Ausführungen von Frau A b a d a n werden hier etwas gekürzt wiedergegeben. — hn —

Bei der Bewertung der demokratischen Einrichtungen in der Türkei haben sich einige Politologen verleiten lassen, die Jahre 1924—1960 als „Erste türkische Republik“ zu qualifizieren.<sup>1)</sup> Eine solche Klassifizierung ist jedoch irreführend, weil sie auf einen Bruch mit der von Atatürk eingeleiteten progressiven Entwicklung hindeutet. Es besteht indessen keinerlei Zweifel darüber, daß die von der türkischen Armee damals geförderte und 1960 durchgeführte Revolution einen bedeutsamen Abschnitt der neueren türkischen Geschichte eingeleitet hat. Dieser neue Abschnitt kann durchaus als eine Bekräftigung der kemalistischen Grundprinzipien interpretiert werden, auch wenn die Intervention der Militärs 1961 eine neue Verfassung erzwang, welche weitere progressive Maßnahmen zur Entwicklung der türkischen Gesellschaft vorsah.<sup>2)</sup>

Obwohl die neue Verfassung einige leitende Grundideen der Verfassung von 1924 übernommen hat, trägt sie einen völlig neuen Charakter, der stark von den sozialen und rechtlichen Konfliktsituationen der Nachkriegsperiode beeinflußt worden war. Ihre wichtigste Bestimmung lautet: Die türkische Republik soll ein auf den Menschenrechten beruhender, nationaler, demokratischer, säkularisierter (laizistischer) und sozialer Rechtsstaat sein. Die Revolution von 1960 verfolgte das Ziel, die von den Kemalisten nicht abgeschlossene bürgerliche Revolution zu vollenden, sie nach den heutigen Gegebenheiten

---

<sup>1)</sup> Siehe u. anderem Richard D. Robinson, *The First Turkish Republic*, Harvard Univ. Press, Cambridge, 1963.

<sup>2)</sup> Yavuz Abadan, Die Entstehung der Türkei und ihre verfassungsrechtliche Entwicklung, *Jahrbuch für Öffentliches Recht*, NF, Bd. 9, 1960, S. 353—417; Yavuz Abadan, Die türkische Verfassung von 1960, *Jahrbuch für Öffentliches Recht*, NF, Bd. 13, 1964, S. 325—411.

umzustrukturieren und dabei einige neue Dimensionen hinzuzufügen. Bodenreform, soziale Gerechtigkeit und ähnliche Zielsetzungen drücken dieses Bestreben aus.<sup>3)</sup>

Diese wesentlichen Merkmale sowie der umfangreiche Katalog von Grund- und Freiheitsrechten erklären sich vor allem aus den negativen Erfahrungen, die man in den 50er Jahren machen mußte. Diese negativen Erfahrungen erklären nicht nur die Revolution von 1960, sondern auch das Andauern der sozialen Unruhen in der heutigen Türkei. Deswegen sei hier ein Rückblick im Telegrammstil gestattet.

Vor der Wahl 1950 hatte die damalige Oppositionspartei mit der Parole „Mehr Freiheit“ und dem Versprechen für verfassungsrechtlichen Ausbau der Grundrechte um Stimmen geworben. Die Demokratische Partei gewann die Wahl! Eine Änderung des Pressegesetzes in den ersten Monaten der neuen Regierung gab Anlaß zur Hoffnung. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Schon vor den Wahlen 1954, die der Demokratischen Partei einen überwältigenden Wahlsieg brachten, begann die Regierung immer nachhaltiger Unterdrückungsmaßnahmen gegen die oppositionellen Parteien zu richten. Angesichts dieser Entwicklung einigten sich die Intellektuellen des Landes über das Programm einer Verfassungsreform, die folgende Prinzipien verwirklichen sollte: Gewaltentrennung als Organisationsprinzip, Garantie der Grundrechte und Freiheiten, Erweiterung der richterlichen Unabhängigkeit, Zweikammersystem, Proporz, Einsetzung eines Verfassungsrichters.<sup>4)</sup> Diese Reformbestrebungen fanden auch in der Bevölkerung Unterstützung. In der Bevölkerung wuchs zudem die Unzufriedenheit mit der korrupten Verhaltensweise einzelner Regierungsmitglieder und der plan- und ziellosen Wirtschaftspolitik. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Aufmerksamkeit der breiten Wählerschaft — und auch der Intellektuellen — mehr der rechtlichen als der wirtschaftlichen Problematik galt. Die regierende Demokratische Partei repräsentierte den rechten Flügel der Bourgeoisie.<sup>5)</sup> Ihre Politik wurde zunehmend oppressiv. Dies erklärt auch, warum das „soziale Erwachen“ der Türkei erst nach 1961 begonnen hat. Vor allem auch wegen der verfassungsrechtlichen Situation, denn solange die Garantie der Grundrechte verfassungsmäßig nicht verankert war, konnten kritische Stimmen — ohne Gefahr für Leib und Leben — nicht laut werden. Allein zwischen dem 17. März 1954 und 14. Mai 1958 wurden 1161 Personen auf Grund eines verschärften Pressegesetzes verhört: 288 wurden verurteilt, 366 freigesprochen, 402 manges Beweise entlassen, bei 101 wurde die Anklage zurückgezogen. Neun Zeitungen wurden zeitweilig gesperrt. Die am meisten verfolgte Zeitung war das Oppositionsorgan „ULUS“. Freiheitsstrafen und Geldbußen waren weitere Druckmittel der Regierung.<sup>6)</sup>

---

<sup>3)</sup> Yildiz Sertel, *Türkiye'de ilericiler akimlar*, Istanbul 1969, Ant Yayinla 20, S. 133.

<sup>4)</sup> Yavuz Abadan, Die Entstehung der Türkei und ihre verfassungsrechtliche Entwicklung, *Jahrbuch für Öffentliches Recht*, NF, Bd. 9, S. 353 ff.

<sup>5)</sup> Kurt Steinhaus, *Soziologie der türkischen Revolution*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969, S. 193; Günter Barthel, Kemal Atatürk und die türkische Industrialisierungspolitik, *ZfG*, 1968, S.

<sup>6)</sup> R. D. Robinson, *op. cit.*, S. 191—192.

1959 — ein Jahr vor der Revolution — wurden 50 Journalisten zu 48 Jahren und 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklagen lauteten auf Herabsetzung des Ansehens der Regierung etc.<sup>7)</sup>

Die zunehmend rigoroseren Maßnahmen gegenüber Opposition und kritischerer Presse trugen Unruhe ins Land. Diese Unruhe wurde vermehrt durch immer massiver werdende Preissteigerungen, die das Ergebnis der inflationistischen Wirtschaftspolitik des Kabinetts Menderes waren. Bereits seit 1954 vermehrte sich das Geldvolumen um ein Viertel im Jahresdurchschnitt.<sup>8)</sup> Davon waren vor allem der Agrarsektor betroffen, dessen Entwicklung zum Besseren seit 1948 sowieso stagnierte, weil die Landreform immer mehr vernachlässigt wurde, weil Kredite nur der erhielt, der im Register eingetragen war, was praktisch nur der begüterten Schicht zugute kam, und weil die Einführung kapitalintensiver Methoden die Landflucht beschleunigte etc.

Nach Vorverlegung der Wahlen um ein Jahr, also auf 1957, hat die Demokratische Partei gemäß dem Mehrheitswahlrecht zwar eine relative Majorität erzielen können, doch übertraf die Gesamtstimmzahl der Opposition diejenige der Regierungspartei (Regierungspartei 4,4 Millionen; Opposition (= 3 Parteien) 4,6 Millionen.<sup>9)</sup> Das die Regierung begünstigende Wahlrecht nährte den wachsenden Unmut und trug zu der gespannten Lage bei. Die Regierung wußte sich nur noch mittels verfassungswidriger Maßnahmen zu helfen: So setzte sie — beispielsweise — einen parlamentarischen Sonderuntersuchungsausschuß ein, der mit allen erdenklichen Machtbefugnissen ausgestattet war. Seine Aufgabe war es, „die aufrührerische Aktivität eines Teils der Presse und der Opposition“ zu untersuchen und zu maßregeln. Als erste reagierten die Studenten von Ankara und Istanbul. Eine Kettenreaktion von Demonstrationen durchwühlte das Land: Am 28. April 1960 kam es in Istanbul zu blutigen Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei, am 29. April 1960 dieselben Ereignisse in Ankara, die am 5. Mai 1960 ihren Höhepunkt in machtvollen regierungsfeindlichen Demonstrationen hatten. Und am 21. Mai 1960 geschah etwas Sensationelles: sogar die Schüler der Kriegsakademie (Harbije) veranstalteten einen Schweigemarsch. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand (28./29. April) über Ankara und Istanbul. Noch glaubte der Premierminister, es handle sich bloß um eine Aktion der Professoren und ihrer Studenten. Doch bald zeigte es sich, daß es mehr war. Menderes entschloß sich daher zu einem massiven Gegenschlag, zu einer „Revolution von oben“. Zur Durchführung seines Gegenschlags begab er sich in die Luftwaffenbasis von Eskishir. Zur Durchführung kam es indessen nicht mehr: Am 26./27. Mai

---

7) Monthly Bulletin of the IPI, 1958—59.

8) Sabahhaddin Tezel, *Wachstumsprobleme der türkischen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Ersten Fünfjahresplanes*, Diss. Köln, 1965; Dwight J. Simpson, *Development as a Process: The Menderes Phase in The Middle East Journal*, 1965.

9) Vergl. F. A. Hermens, *Mehrparteiensystem, Revolution u. verfassungspolitischer Neubeginn in der Türkei*. In *Verfassung u. Verfassungswirklichkeit*, Jahrbuch 1966, Westdeutscher Verlag, S. 286—287.

1960 übernahm eine Gruppe von Offizieren, das „Komitee der Nationalunion“, die Macht. Für 18 Monate ruhte jegliches parteipolitische Leben.<sup>10)</sup>

Die Intervention der türkischen Armee stellt eine Art von militärischer Veto-Aktion dar, ähnlich wie 1948 in Peru, 1963 in der Dominikanischen Republik, 1964 in Brasilien oder 1967 in Griechenland.<sup>11)</sup> Nach der militärischen Intervention wurden die führenden Persönlichkeiten der Demokratischen Partei — darunter Staatspräsident Bayar und Premier Menderes — verhaftet. Sämtliche Mitglieder des Parteipräsidiums und der Parlamentsfraktion wurden vor ein Sondergericht gestellt. Die Demokratische Partei wurde noch im selben Jahr verboten, weil sie ihren satzungsmäßigen Parteitag nicht veranstaltet hatte.<sup>12)</sup>

Nachdem manche Stimmen im Ausland das Eingreifen der Armee als Staatsstreich bezeichnet hatten, beschloß das „Komitee der Nationalunion“, eine „fehlerlose“ neue Verfassung durch ein wissenschaftliches Gremium vorbereiten zu lassen. Noch vor Verabschiedung dieser Verfassung erzwang der Druck der öffentlichen Meinung eine Liberalisierung des politischen Lebens. Nur die Wiederbelebung der politischen Parteien konnte die für das Gedeihen eines demokratischen Regimes unerläßliche Atmosphäre schaffen. Das Komitee setzte als Schlußtermin für Parteigründungen den 1. April 1961 fest. Außer den nach der Revolution fortbestehenden Oppositionsparteien — der C.H.P. und der M.P. — wurden binnen der vorgeschriebenen Frist zwölf neue Parteien gegründet. Die wichtigsten davon sind die Gerechtigkeitspartei (A.P. z. Z. Regierungspartei), die Neue Türkei Partei (Y.T.P.) und die Türkische Arbeiterpartei (T.I.P.).

Die genau zum Jahrestag der Revolution fertiggestellte neue Verfassung wurde am 9. Juli 1961 zum Volksentscheid vorgelegt: 6,3 Millionen stimmten dafür, aber immerhin 3,9 Millionen auch dagegen. Der Prestigeverlust, den das Nationalkomitee hierbei erlitt, war bei den Parlamentswahlen 1961 (Oktober) noch empfindlicher. Wichtig war jedoch die Tatsache, daß seither in der Türkei ein Prozeß in Gang gekommen ist hinsichtlich der Modernisierung der türkischen Gesellschaft. Und das ist ein Positivum.

Die allgemeinen Wahlen vom 15. Oktober 1961, mit denen das Komitee auf vorbildliche demokratische Weise seine Herrschaft zu Ende führte, stand im düsteren Schatten der drei Todesurteile, die nach den Großprozessen gegen die Führungsschicht der Demokratischen Partei gefällt worden waren. Die Hinrichtungen — vor allem die von Menderes — riefen eine starke Kritik unter den breiten Volksmassen hervor, insbesondere unter den Bauern, für die bis zum heutigen Tage die sozialen und ökonomischen Gründe der politischen Krisen der Türkei schleierhaft geblieben sind und die diesen Machtwechsel lediglich auf eine persönliche Fehde zwischen den beiden Greisen — Bayar und

---

<sup>10)</sup> Die diesbezüglich ausführlichste Analyse gehört Walter F. Weiker, *The Turkish Revolution, 1960—61*, The Brookings Institute, Washington 1963; für den promoderen Standpunkt vergleiche mit: Ali Fua Basgil, *La Révolution Militaire de 1960 en Turquie* (Ses origines), Genève 1963.

<sup>11)</sup> Samuel P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven, London 1968, S. 223—224.

<sup>12)</sup> Ahmet Taner Kışlalı, *Forces Politiques dans la Turquie Moderne*, SBF Yayini, Ankara 1968, S. 49.

Inönü — zurückführten. Aber auch ein Teil der städtischen Bevölkerung billigte diese Entscheidung der Militärregierung nicht.

Das bei dieser Wahl zum ersten Mal — allerdings nur für die Nationalversammlung — angewandte d'Hondt'sche Proporzsystem zeitigte ein unerwartetes Resultat: 173 Mandate gingen an die Republikanische Volkspartei; die Erben der Menderes-Partei, d. h. die Gerechtigkeitspartei, erhielten 158 Mandate; und die damals drittgrößte Partei, die Republikanische Bauernpartei, 54 Mandate. Im Senat, wo das Mehrheitswahlrecht beibehalten worden war, ergab sich folgende Sitzverteilung: 36 — 70 — 16. Die Erben von Menderes erlangen hier also die absolute Mehrheit.<sup>13)</sup>

Der Übergang von einer Militärregierung zu einer Zivilistenregierung vollzog sich nicht reibungslos, weil die Militärs von der starken Repräsentanz der politischen Erben von Menderes beeindruckt waren. Die militärische Führungsspitze willigte daher nicht bedingungslos in die friedliche Übergabe der Macht an die neue Volksvertretung ein, sondern knüpfte an die Übergabe die Bedingung, daß keine politische Amnestie verlangt und die Gesetzgebung des Nationalkomitees nicht angetastet werde. Das Wahlresultat ließ nur eine Koalitionsregierung zu. Eine solche wurde auch gebildet, und zwar zwischen der von Atatürk gegründeten Republikanischen Volkspartei und der zum Zwecke der Restauration ins Leben gerufenen Gerechtigkeitspartei, also zwei recht heterogenen Elementen. Die politische Führung dieser Koalition wurde dem greisen Ismet Inönü übertragen. Dieser war nicht unumstritten. Er war der engste Mitarbeiter Atatürks gewesen und gilt als erfahrener Staatsmann und großer militärischer Führer. Aber seine Tätigkeit im Rahmen des Einparteiensystems — vor allem nach dem Tode Atatürks — wird sehr kontrovers beurteilt.<sup>14)</sup>

Die erste Große Koalition wurde nicht einmal ein halbes Jahr alt. Sie wurde vor allem gesprengt durch die Kontroverse um die Amnestie. Dies war für die Gerechtigkeitspartei ein Problem. Schließlich saßen außer allen Mitgliedern des Menderes-Kabinetts auch alle früheren Abgeordneten der Demokratischen Partei hinter Schloß und Riegel. Das Gericht auf Yassiada hatte mindestens 5 Jahre Gefängnis über jeden verhängt. Nachdem die Gerechtigkeitspartei ihr Amnestiebegehren nicht durchsetzen konnte, schied sie aus der Regierungsverantwortung aus. Ismet Inönü bildete eine Kleine Koalition, die einige Monate später eine Teilamnestie erließ. Auch der zum Tode verurteilte Bayar wurde wegen seines hohen Alters aus der Haft entlassen.

In diesem auf politischer Bühne so labilen und konfliktreichen Zeitabschnitt haben verschiedene Offiziersgruppen wiederholt Putschversuche unternommen, weil ihnen das dominierende restaurative Element der Tagespolitik unvereinbar erschien mit der Zielsetzung der neuen Verfassung und dem Sinn der Revolution vom 27. Mai 1960. Die extremistische und teils auch aus per-

---

<sup>13)</sup> Siehe zwecks einer umfangreichen Wahlstudie: Nermin Abadan, *Anayasa Hukuku ve Siyasî Bilimler açısından 1965 Seçimlerinin tahlil* SBF Yayını, Ankara 1966.

<sup>14)</sup> Geoffrey Lewis, *The Thorny Road to Democracy*, *World Today*, Turkey 1962—64, *World Today*, Dec. 1964, S. 517.

sönlichem Opportunismus eingenommene Haltung dieser militärischen Putschisten führte zu einem relativ raschen Scheitern diesbezüglicher Versuche.<sup>15)</sup>

Huntington gliedert die politische Machtübernahme der Militärs in vier Hauptgruppen. Er bezeichnet die sogenannte „Gürsel Alternative“ als eine Rückkehr zum normalen politischen Leben mit verstärkter Teilnahme der breiten Wählermassen. Diese Alternative erscheint ihm als die günstigste Lösung einer prätorianischen Gesellschaft. Diese Einstellung, d. h. eine quasi-militärische Vormundschaft mit verstärkter politischer Teilnahme setzt vor allem Kompromißbereitschaft und Mäßigung voraus, wodurch sich gleichzeitig das Scheitern von mehr extremistischen militärischen Elementen, wie etwa im Fall von Talat Ademir, erklärt.<sup>16)</sup> Die Frage, ob diese Option zur Lösung der tiefverwurzelten Probleme einen positiven Beitrag liefert, ist noch offen.

Das zweite Kabinett İnönü lebte auch nicht lange. Nach einer Teilwahl, in der die Gerechtigkeitspartei, welche sich als eine „vom gesunden Volksempfinden getragene starke, demokratische, volksnahe Bewegung“ definierte, weitere Wahlsiege verzeichnen konnte, sprangen auch die zwei kleineren Partner aus der Koalitionsregierung ab. Die dritte Koalition, eine von Unabhängigen getragene Minderheitsregierung unter İnönü, lebte nur zwei Monate und stürzte über die Ablehnung des Staatshaushaltes.

Nun begannen in der Türkei Experimente mit einer sogenannten nationalen Koalitionsregierung unter dem Vorsitz von Suat Hayri Uygü, in der sich alle Parteien — mit Ausnahme der Rep. Volkspartei — vereinigten. Chancenreich war dieses Experiment von vornherein nicht, denn der gigantische Schatten der Gerechtigkeitspartei fiel bereits auf die politische Bühne. Das Comeback der Nachfolgerin der Demokratischen Partei war lediglich eine Frage der Zeit.

### **Demokratie unter rechtsorientierter Führung**

Absoluter Sieger der Parlamentswahlen 1965 war die Gerechtigkeitspartei unter ihrem neuen Führer, dem damals 41jährigen Süleyman Demirel: 52% und 240 von 450 Sitzen in der Nationalversammlung. S. D e m i r e l, der als Dorfjunge durch Stipendien seine höhere technische Ausbildung zuerst in Istanbul und später in den USA vervollständigte, war mit 33 Jahren der jüngste Ministerialdirektor des Menderes-Regime gewesen. Als Bewässerungsexperte hatte er sich den Beinamen „König der Staudämme“ erworben. Auch als Geschäftsmann war er nach seinem Ausscheiden aus der Politik erfolgreich. Wider alle Wahrscheinlichkeit gelang es ihm, 1965 zum Parteiführer der Gerechtigkeitspartei gewählt zu werden. Dem in Administration und Management erfahrenen Techniker und dem durch Welterfahrung, Unverbrauchtheit und Jugend ausgezeichneten Politiker wurde der Vorzug gegeben vor bekannteren Namen.

---

<sup>15)</sup> Zusätzlich siehe Walter F. Weiker, „The Aydemir Case + Turkey's Political Dilemma“, *Middle Eastern Affairs*, 1963.

<sup>16)</sup> Samuel P. Huntington gliedert die politische Machtübernahme des Militärs in vier Hauptgruppen auf. Er bezeichnet die sogenannte „Gürsel Alternative“ als eine Rückkehr zum normalen politischen Leben mit stärkerer populärer politischer Teilnahme. Diese Haltung setzt vor allem Kompromißbereitschaft und Mäßigung voraus, wodurch sich gleichwegs das Scheitern mehr extremistischer militärischer Elemente, wie etwa der Fall von Tal Aydemir. S. P. Huntington, *op. cit.*, S. 235.

Der Wahlsieg der Gerechtigkeitspartei ist beachtlich, denn die in die Minderheit zurückgefallene Rep. Volkspartei hatte noch vor ihrem Abgang eine Änderung des bestehenden Wahlsystems zu Gunsten der kleineren Parteien durchgesetzt, und zwar in Form eines ausgeklügelten Proporzsystems mit detailliert kalkulierter Verteilung der Reststimmen. Trotz dieser Wahlhürde gelang es der Gerechtigkeitspartei, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Dieser Reststimmenverteilung verdankt auch die Türkische Arbeiterpartei (TIP.) ihren Einzug in das Parlament. Erstmals! Sie verfügte über 15 Mandate.<sup>17)</sup> Das überragende Ereignis war freilich der totale Wahlsieg Demirels.<sup>18)</sup>

### **Die soziale Struktur der Türkei**

Bevor die Bilanz der Jahre 1965—1969 gezogen wird, empfiehlt sich — zum besseren Verständnis — ein Blick auf die wesentlichen Züge der türkischen Sozialstruktur.

Obwohl sich der überwiegend agrarische Charakter des Landes in den 75% widerspiegelt, die den Anteil der Landwirtschaft ausmachen, so ist doch auch der Trend zur Industrialisierung und Urbanisierung offenkundig. Ja, dieser Trend nimmt jährlich zu. Ob daraus einmal eine Änderung der bestehenden Machtverhältnisse erwächst, und zwar eine zugunsten des Industriearbeiters, bleibt abzuwarten.

Sowohl die neuen Entwicklungen in der Landwirtschaft als auch die Aufteilung des Bruttosozialprodukts führen zum Entstehen starker ökonomischer Machtpositionen im Agrarsektor, die sich vor allem durch ein privatisiertes Kreditvergabesystem offenbaren. Dieses System begünstigt und verbreitet sogar das Wuchersystem. Es macht den Kreditgeber zu einem Agrarbanker. Begünstigt wird aber nur der im Kataster registrierte Bodenbesitz. Die Verschuldung der bodenlosen Bauern und Pächter führt zu einer frühzeitigen Verpfändung der Ernte, d. h. Naturaliengegenleistung. Diese Situation verursacht ebenfalls einen starken Ausverkauf des bestehenden kleinen Grundbesitzes und verursacht eine starke Auswanderung. Durch die Knappheit der Arbeitsplätze ergibt sich gleichzeitig eine Überlastung der arbeitenden Kräfte. Von jeden 100 erwerbstätigen Personen in der Türkei müssen im Durchschnitt weitere 88 Personen unterhalten werden. Dieses Verhältnis beträgt 93% in den Dörfern, 78% in den Städten.

Die Zahl der Auswanderer auf Grund von Arbeitsplatzmangel hat in den letzten Jahren stark zugenommen. 1970 wurden 422 618 im Ausland beschäftigte Türken registriert; davon entfallen 367 008 auf die Bundesrepublik Deutschland, wo sie nach den Jugoslawen und Italienern an dritter Stelle kommen. Weitere 87 252 sind bei der türkischen Arbeitsvermittlungsstelle für Auslandsstellen eingetragen und warten auf Anwerbung.<sup>19)</sup> Der hohe Trend

---

<sup>17)</sup> Artun Unsul, *Parti Ouvrier de Turquie*, Dissertation, Paris 1970. Diese Doktorarbeit wurde bei Prof. Duverger eingereicht und enthält das reichste und vielseitigste wissenschaftliche Material, das bis jetzt gesammelt wurde.

<sup>18)</sup> Nermin Abadan, "The Turkish Election of 1965", *Government and Opposition*, May 1966.

<sup>19)</sup> *Cumhuriyet*, 21. 8. 1970; allein im letzten Halbjahr von 1969 wurden seitens der türkischen Arbeiter in der BDR 91,3 Millionen \$ ins Heimatland überwiesen.

der Auswanderung zeigt sowohl auf die Konzentration der arbeitssuchenden Türken innerhalb der hochindustrialisierten EWG-Ländern wie auch auf die nicht abnehmende Zahl der Arbeitslosen. Die Quote der Arbeitslosen wird um 1,5 Millionen geschätzt, wobei mit etwa 5 Millionen geheimen Unbeschäftigten noch gerechnet werden muß. Die staatliche Planungsorganisation hat im Rahmen ihres zweiten Fünfjahresplanes die Schaffung von 7,5 Millionen neuen Arbeitsplätzen bis 1975 gefordert.

In den großen Städten nimmt auch die Mittelklasse ständig zu. Ihr muß auch die durch soziale Sicherheit und soziale Leistungen geschützte Industriearbeiterschaft zugezählt werden. 30 000 Industriearbeiter gab es 1923 in der Türkei. 1970 sind es über 2 Millionen! Davon befinden sich 1 Million in 755 Gewerkschaften, die in 22 Föderationen und zwei Dachorganisationen zusammengefaßt sind. Ein Gesetzentwurf, der inzwischen verabschiedet und in Kraft getreten ist, löste am 16. Juni 1970 zum ersten Mal in zwei Großstädten der Türkei — Istanbul und Izmir — Generalstreiks aus. Die Arbeiter dieser hochindustrialisierten Städte wollten damit gegen den Versuch der Regierung demonstrieren, die auf kaltem Rechtsverordnungswege die Gewerkschaften auflösen wollte, die ihr nicht genehm waren. Die Verhängung des Ausnahmezustandes erstickte jedoch den Generalstreik. Es war aber das erste Mal, daß sich die türkische Arbeiterschaft ihrer Rolle bewußt geworden ist.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Auswanderung wird zusätzlich durch ein außerordentliches Mißverhältnis der regionalen Entwicklung weitergefördert. Die Bemühungen in der Landwirtschaft, die Viehzucht und die Bewässerungsverhältnisse zu verbessern, die starke Erosion einzudämmen, das Land aufzuforsten etc. sind bisher — vor allem im Osten — im Stadium der Planung steckengeblieben. Die in Ost-Anatolien lebenden Bauern verfügen — schätzungsweise über ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von etwa 100 DM.<sup>20)</sup>

Die wichtigste Einkommensquelle neben dem regulären Außenhandel, der jedoch die inflationistische Regierungspolitik nicht zu decken vermag, besteht in der Devisenüberweisung der Auslandstürken. Der Umfang ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Tabelle 1: Remissen von türkischen Gastarbeitern

Jahre	1966	1967	1968
Türken	160 950	131 309	152 905
Devisenüberweisung (Mio. DM)	360	364	322

<sup>21)</sup>

Außerordentlich wichtig erscheint die große Diskrepanz der Vermögensaufteilung in der Türkei. Die Schwergewichtsverlagerung ergibt sich aus der Einkommensverteilung der aktiven Bevölkerung, die wie folgt aufgegliedert ist:

<sup>20)</sup> Verschlechterung der Wirtschaftslage in der Türkei, *Neue Zürcher Zeitung*, 20. 7. 1970.

<sup>21)</sup> *Ausländischer Arbeitnehmer*, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung, 1968, S. 5, 46.

Tabelle 2: Einkommensgliederung nach Sektoren

Sektor	% des National- einkommens	% der aktiven Bevölkerung	A / B
Landwirtschaft	33,8	67,5	0,5
Industrie / Bau	26,5	16,4	1,6
Handel / Verkehr etc.	39,6	16	2,4

<sup>22)</sup> Infolge fehlender Statistik ist es außerordentlich schwierig, Einzelheiten der Vermögensverteilung festzustellen. Man kann allerdings die jährliche Einkommenssteuer zum Vergleich heranziehen: Demnach wurde 1966 von 392 189 Einkommenssteuerepflichtigen 5,8 Milliarden TL festgestellt. 5% der Einkommenssteuerepflichtigen, d. h. 19 609 Personen, verfügten über ein jährliches Einkommen von 2,5 Milliarden TL, was 43% des Gesamteinkommens ausmacht oder 128 433 TL pro Kopf. Dagegen bezogen 89,1% der Steuerepflichtigen, 349 440 Personen, 7 207 pro Kopf.

Wenn man die höchste Einkommenskategorie mit der anderer europäischer Länder vergleicht, ergibt sich folgendes Bild: in der Türkei verdienen 5% der Steuerepflichtigen 43,2% des Nationaleinkommens, in Holland 23,6%, in Finnland 21%, in England 19%, in Dänemark 17% und in Schweden 16%. Diese Vergleichsziffern weisen auf eine beträchtliche Disproportion der türkischen Einkommensverteilung hin. Obwohl der erste und zweite Fünfjahresplan des öfteren die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in Aussicht gestellt hat, wurden diesbezüglich noch keine Maßnahmen getroffen. Wie ernst die Lage ist, geht auch aus dem letzten Bericht des größten, regierungsfreundlichen Gewerkschaftsbundes, Türk-İş, hervor. Auf seinem Jahreskongreß 1970 in Erzurum (Mai 1970) betonte Türk-İş in seinem offiziellen Bericht, daß Arbeiter und Angestellte, die als Jahreseinkommen 9 443 TL bezögen, etwa 2000 TL Steuer entrichten würden, während Einkommenssteuerepflichtige mit 46 213 TL Jahreseinkommen nur 3710 TL Steuer zahlen müßten.<sup>23)</sup>

Die starke Diskrepanz der Einkommen spiegelt sich auch in der steigenden Zahl der Millionäre wider. Nach dem letzten Bericht des Finanzministeriums ist allein im Jahre 1969 die Zahl der einkommenssteuerepflichtigen Millionäre von 195 auf 245 gestiegen. Der Trend der letzten Jahre zeigt sich wie folgt:  
Tabelle 3: Zahl der Millionäre

Jahr	Millionäre	Vermögen	Jahreseinkommen Mio. TL
1965	215	287,8	1,3
1966	189	200	1
1967	164	261,4	1,6
1968	195	351,8	1,8
1969	245	665,2	2,4

<sup>22)</sup> Ziya Kayla, Türkiye'de gelir dağılışı, *Cumhuriyet*, 30. 6. 1970. Zwecks ausführlichem Material über die Planung in der Türkei siehe: Besir Hamitoğullari, *La Planification du développement Economique en Turquie*, Ankara 1968, SBF Yayini.

<sup>23)</sup> *Cumhuriyet*, 27. 4. 1970.

<sup>24)</sup> *Cumhuriyet*, 10. 1. 1970.

Wie verteilen sich nun — angesichts dieser sozialen Bedingungen — die institutionalisierten politischen Kräfte sowie die organisierten geistigen Strömungen und Bewegungen im politischen Leben der Türkei seit der Restauration? Was geschah, seit die Neo-Demokratische Partei die parlamentarische Demokratie der Türkei mit Hilfe einer überall fortschrittlich gesinnten Verfassung lenkt?

### **Die politischen Kräfte**

Die konservative, herrschende Schicht besteht einerseits aus den begüterten, urbanisierten Klassen, die enge Beziehungen mit dem ausländischen Kapital pflegen. Ihre Hauptvertreter sind Import-Export-Kaufleute, Industrielle, Bankdirektoren. Zu dieser Schicht gehören auch die großen Landbesitzer und im Osten die Sippenoberhäupter, Agas und Scheichs.<sup>25)</sup> Verbündet mit dieser Schicht sind auch Teile der freien Berufe in den Provinzen (Anwälte, Ärzte, Ingenieure), Journalisten der rechts orientierten Presse, große Teile der staatlichen Bürokratie, die große Masse der Bauern, fast alle Handwerker, die Mehrzahl der Kleinhändler, die im Islam nicht als ein unabhängiger Klerus dastehenden, nichts destoweniger aber vom Staat organisierten Geistlichen und ein beträchtlicher Teil der Industriearbeiter.<sup>26)</sup>

Die progressiven Kräfte bestehen aus einem erheblichen Prozentsatz gehobener Staatsbeamter, einem Teil der Armeeoffiziere, der Mehrzahl der Studenten, der kritischen Presse, einem Teil des besitzlosen Bauerntums sowie der organisierten Arbeiterschaft.

### **Die politischen Parteien**

Die heutige Regierungspartei verfißt die im Westen als „Neuer Konservatismus“ bezeichnete Richtung. Sie verneint zwar nicht eine allumfassende Wirtschaftsplanung, dennoch ist sie nicht bereit, den staatlichen Grundindustrien den Vorrang zu geben. Der von Atatürk eingeführte Etatismus ist für die Gerechtigkeitspartei eine abzuschaffende Wirtschaftsordnung. In Sachen Religion und Moral nimmt die Partei eine, den Wünschen des Bauerntums konforme, traditionsgebundene Stellung ein. Das Entwicklungskonzept der Partei inkorporiert nicht einmal den Begriff Reformen, sondern überläßt einer zeitgebundenen graduellen Evolution die Korrektur eines neu entstehenden Kapitalismus.

Die Regierungspartei hat nach ihrem erneuten Wahlsieg 1969 — wegen tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten zwischen rechtem und linkem Flügel — ernste Krisen durchmachen müssen, die sich sogar zu einer Regierungskrise im Frühjahr 1970 ausweiteten. Demirel ist zwar wieder mit der Kabinettsneubildung beauftragt worden, vermochte aber die dissidenten Führer des rechten Flügels nicht mehr zu einer Zusammenarbeit zu bewegen. Zu den Dis-

<sup>25)</sup> Ismail Beşikçi, *Doğu Anadolu'nun Düzeni*, Sosyo/Ekonomik ve Etnik Temelleri, E Yayınları, Ankara 1969.

<sup>26)</sup> Über die Einstellung der Studenten siehe: Nermin Abadan, Values and Political Behavior of Turkish Youth, *The Turkish Yearbook of International Relations*, 1963 und "The Politics of Students and Young Workers in Turkey", Paper presented at the ISA 7th World Congress — Varna, Sept. 14—19, 1970.

sidenten zählen vor allem die Angehörigen der aufgelösten Demokratischen Partei, wie Yüksel Menderes, der Sohn des früheren Premiers, Talat Asal und der Provinzart Bilgic. Die Dissidenten werfen Demirel vor allem persönliche Begünstigung seiner Familie, zu enge Beziehungen zum internationalen Kapital, sowie eine allzu prowestliche, freimaurerische Politik vor.

Dieses Zerwürfnis innerhalb der Regierungspartei endete — ähnlich wie das Ausscheren der rechtsgesinnten, stark antikommunistisch gesinnten Angehörigen der Republikanischen Volkspartei unter Feyzioglu — durch Parteiaus-schluß von 41 Abgeordneten.

Wie tief die Spaltung geht, zeigte sich auch in eklatanter Weise im Falle des Prof. Dr. N. Erbakan, der bei den Wahlen von 1969 als Unabhängiger aus Konya gewählt wurde und inzwischen eine neue Partei, die Nationale Ordnungs-Partei gegründet hat.<sup>27)</sup> Erbakan, der ehemalige Vorstand der Union der türkischen Handelskammern, richtet seine Vorwürfe gegen Demirel's Regierung vor allem wegen der Vernachlässigung lokaler Interessen. Erbakan vertritt die Ansicht, die falsche Kreditpolitik von Demirel begünstige nur die Metropolen von Istanbul und Izmir. Dieses Verhalten präjudiziere geradezu Forderungen Anatoliens. Erbakan propagiert u. a. auch eine theokratische Staatsordnung. Sein politisches Ziel ist es, mit Hilfe eines traditionellen Fanatismus und einer übertriebenen Xenophobie eine Liga des anatolischen Kleinbürgertums gegen die Monopolstellung des Großbürgertums von Istanbul zu mobilisieren. Obgleich seine Partei keinerlei wichtigen Widerhall gefunden hat, kann doch behauptet werden, daß sein Gedankengut auf fruchtbaren Boden fällt.

Die heute drittgrößte Partei, die Partei des Vertrauens, steht am rechten Flügel. Sie bezeichnet sich als liberal-nationalistisch-reformbegierig. Ihre Hauptaufgabe sieht sie in der Bekämpfung des Kommunismus.

Die bis 1965 drittgrößte Oppositionspartei, die Nation-Partei, ist zwar in ihrer sozio-ökonomischen Zielsetzung diesmal etwas weniger traditionsgebunden aufgetreten, doch die schwache Infrastruktur des Parteiapparates, vor allem fehlende Kader, und ihr übergroßes Vertrauen in die reichlich demagogischen Fähigkeiten ihres Führers O. Bülükbası, haben zu dem Resultat geführt, daß sie lediglich einige Hochburgen wie Kirshir und Ankara zu halten vermag.

Die Partei der Nationalen Bewegung (MHP) ist eigentlich durch eine Umstrukturierung eines Teiles der Nations-Partei entstanden. Der ehrgeizige Sprecher des National-Komitees, Oberst Alparslan Türkeş, hatte die national-republikanische Bauernpartei zunächst von innen mit seinen Leuten zu durchsetzen vermocht, und danach Teile der Partei mit einem neuen Namen getauft. Es handelt sich um eine neo-faschistische Bewegung. Im Parlament hat sie nur einen Sitz, aber dafür eine Jugendorganisation vom Zuschnitt der Hitler-Jugend. Diese Miliz nennt sich — in Anlehnung an die Pan-Turanistische Bewegung: Löwen von Ergenikon. Ideologisch vertritt die Partei eine Art von mystischem Hegelianismus. Durch ihre starke Stellungnahme gegenüber dem Auslandskapital, ihr Mißtrauen in die demokratische Grundordnung und ihre

---

<sup>27)</sup> Nach der Aussage von N. Erbakan wurde die MNP zur Ausfüllung des Vakuums auf der rechten Front, als eine zweidimensionale Partei gegründet. Die Partei stellt sich gegen jedartige Westernisierung und verbietet Freimaurern und Zionisten die Mitgliedschaft. *Cumhuriyet*, 27. 1. 1970.

Befürwortung eines einheitlichen Gewerkschafts- und Jugendorganisations-systems charakterisiert sie sich als eine neo-faschistische Gruppierung. Ihr Einfluß ist nicht an ihrer parlamentarischen Präsenz zu messen: Sie beeinflusst die rechtsgerichteten Studenten an den Hochschulen. Ja, sogar ein beträchtlicher Teil junger Arbeiter hat sich mit dieser Partei solidarisch erklärt.<sup>28)</sup>

Die Partei Neue Türkei (YTP) steht programmatisch rechts. Allerdings verschob sich ihr Schwerpunkt im Laufe der Zeit mehrmals. Nach ihrer Gründung versuchte ihr erster Führer E. Alican die Stimmen der aufgelösten Demokratischen Partei zu sammeln, um eine Massenbasis zu gewinnen. Nach dem Scheitern dieses Versuchs zog sich Alican aus dem politischen Leben zurück. Die Partei wählte nun Yusuf Azizoglu zum Vorsitzenden. Dieser stammte aus Silvan, einer Kleinstadt in Ost-Anatolien. Für die dort ansässige kurdische Bevölkerung machte er sich stark. Damit kam ein neues Element in die türkische Politik: Zum ersten Mal wurde in der republikanischen Geschichte der Türkei Autonomie für die Kurden gefordert! In den Wahlen 1965 und 1969 hat die Partei ihr Schwergewicht auf die kurdische Frage gelegt. Nach Aussage des inzwischen verstorbenen Parteivorsitzenden ist das wichtigste Problem der Türkei, „das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Gebieten zu verwirklichen. Die Realisierung der sozialen Gerechtigkeit hängt in erster Linie von diesem Ziel ab. Deshalb bezeichnen wir uns als regionale Partei. Unsere Zielsetzung ist eine nach Ost-Anatolien orientierte Druckpolitik!“ Die Wahlergebnisse haben diese Zielsetzung honoriert.

Auch die sechste kleine Partei, die Union-Partei (BP) vertritt rechtes Gedankengut. Außerdem macht sie sich zum Sprecher einer ethnischen Gruppe, der konfessionellen Aleviten-Minorität. Interessant ist, daß sie nach der Arbeiterpartei die einzige Partei ist, die nicht via Spaltung im Parlament entstanden ist. Sie wurde mit einer klaren Zielsetzung, Befürworter einer Minderheitsgruppe zu sein, ins Leben gerufen. Die Union-Partei verteidigt einen gemäßigten Nationalismus, eine in türkischer Sprache geführte Religionsausübung und eine Autonomie der alevitischen Gemeindeverwaltungen.<sup>30)</sup>

### Die linken Parteien

Die größte Oppositionspartei ist die von Atatürk 1924 gegründete Republikanische Volkspartei (CHP). Diese Partei, die die Verantwortung jedweder politischer Aktivität während der langen Einparteienzeit mitträgt, hat im Laufe ihrer nun fast 50jährigen Geschichte verschiedene Kurswechsel unternommen. Seit 1965 bezeichnet sie selbst ihre Orientierung als „links vom Zentrum“, wobei diese Zielsetzung im Munde ihres — trotz seines hohen Alters (86 Jahre) noch immer aktiven und vital wirkenden — Vorsitzenden Ismet İnönü anders interpretiert wird, wie etwa von dem jungen und überaus dynamischen Generalsekretär Bülent Ecevit. Der Versuch von Ecevit, durch Bin-

<sup>28)</sup> Nermin Abadan, „The Politics of Students and Young Workers in Turkey“. Paper für ISA Kongress, Varna 1970.

<sup>29)</sup> Abdi İpekçi, *Liderler Diyor ki*, Ant Yayinlari 1969, S. 316.

<sup>30)</sup> Durch die Wahl acht ihrer Kandidaten erhält Ostanatolien stärker regional orientierte Befürworter einer raschen Modernisierung dieser vernachlässigten Region. Walter F. Weiker, *Turkey's Elections May Bode Ills*, *Mid-East* Dec. 1969, S. 34.

dung an parlamentarische Verfahren mit sozialistischem Gedankengut die breiten Massen zu Gunsten eines Machtwechsels zu bewegen, wird durch eine doppelte Hypothek erschwert: einerseits die enge außenpolitische Bindung an die USA und zum anderen die weitgehende Bereitschaft, der A.P. bestimmte Konzessionen zu machen. Das Manöver Inönüs im Juni 1969, als dieser erfahrenste Politiker des Landes mit geschickter Taktik die Initiative ergriff, um den 1960 verurteilten Parlamentariern ihre politischen Rechte zurückzugeben, erfüllte jedoch nicht die erwarteten Hoffnungen. Inönüs Plädoyer für eine Versöhnung mit seinem Erzfeind Bayar und sein Einverständnis mit einer Verfassungsänderung mit Ziel einer Wiedererstattung der politischen Rechte an eine kleine Gruppe von alten Demokraten<sup>31)</sup> erwies der Demokratie in der Türkei einen Bärendienst, indem nämlich virulente Kritik an den kühnhändlerischen Methoden des Parlamentarismus laut wurde. Wahrscheinlich erklärt dies auch die hohe Stimmhaltungquote von 36%.

Die Partei, die als Hauptsprachrohr der legalen Opposition gilt, erhielt 1969 = 27,4% aller Stimmen, während sie 1965 = 28,7% erzielte. Ihr nach dem letzten außerordentlichen Parteitag verabschiedetes Programm (Juli 1970) gebärdet sich zwar radikal, aber es dürfte kaum realisierbar sein. Denn die Wahrscheinlichkeit, tiefgreifende Reformen durch parlamentarische Prozeduren zu verwirklichen — Reformen wie: Bodenverteilung, Abschaffung des Wucherzinses, Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Aufbau eines Genossenschaftswesens —, ist sehr gering. Außerdem betreibt die Regierungspartei eine wirk-same Gegenpropaganda, die stark fanatisiert und proreligiös ist.

Die Türkische Arbeiterpartei (TIP), die 1965 dank des damaligen Wahlsystems mit 15 Mandaten zum ersten Mal in die Nationalversammlung einzog, und 1966 einen Sitz im Senat gewann, hat in ihrem Programm vor allem die Verstaatlichung der Produktionsmittel, Bodenreform, Inaugurierung einer blockfreien, pazifistischen Außenpolitik. Während ihrer vierjährigen parlamentarischen Tätigkeit entwickelten sich in zunehmendem Maße innerparteiliche Konflikte. Die Opposition innerhalb der Partei bemängelte immer wieder das Fehlen einer systematisch ausgebauten politischen Ausbildung der Arbeiterschaft, einer wissenschaftlich fundierten, nationalistischen Auslegung des Sozialismus. Kritisiert wurde auch der autoritäre Hang des Parteiführers.<sup>32)</sup> Schließlich spitzte sich der Konflikt zu. Es ging dabei um die Ansichten des Verfechters eines „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ (Mehmet Ali Aybar) und um eine konsequente Führung einer wissenschaftlich aufgebauten Kaderpartei mit Vorrang für das Proletariat (S. Aren). Dieser Konflikt löste eine heftige Polemik in der Presse aus mit dem Erfolg, daß ein wichtiger Teil der linken Splittergruppen gegen die Arbeiterpartei Stellung bezog, und zum Wahlboykott 1969 aufrief. Die Einbuße an Wahlstimmen war empfindlich und zwang den bisherigen Vorstand zum Rücktritt.

---

<sup>31)</sup> Der eher von oben, d. h. Inönü und seinen nahen Beratern, beschlossene Schritt einer Rehabilitierung der alten Demokraten verursachte besonders im Präsidium der Partei scharfe Diskussionen und endete mit der Demission vier ihrer Mitglieder, namentlich der Professoren Abadan, Aksoy, Ozyörük sowie Alp Kuran.

<sup>32)</sup> Mehmet Ali Aybar verteidigte für die Türkei einen originalen, nationalen Weg des Sozialismus. Diese Einstellung wurde heftig kritisiert. Abdi İpekçi, *op. cit.*, S. 252.

In diesem Zusammenhang muß noch einiges über das politische Verhalten der Arbeiter im allgemeinen gesagt werden. Die Tatsache, daß der Auf- und Ausbau der Gewerkschaften mit amerikanischen Subventionen und Experten in der Türkei erfolgt ist, hat eine Klasse professioneller Gewerkschaftler entstehen lassen. Diese versuchen — nach amerikanischem Vorbild — in jeder Partei angemessen vertreten zu sein. Eine Enquete der Universität Istanbul unter der Industriearbeiterschaft im Sommer 1969 hat festgestellt, daß 35% der Arbeiter der Gerechtigkeitspartei, 30% der Republikanischen und 10% der Arbeiterpartei ihre Stimme zu geben beabsichtigten.<sup>33)</sup> Es wurde außerdem festgestellt, daß die Arbeiter innerhalb der ausgesprochenen Industriesektoren die Arbeiterpartei bevorzugen. Der Chemie-Sektor gilt als miximal für die Arbeiterpartei prädisponiert. Ein für westeuropäische Begriffe typisches Bewußtsein fehlt bei den meisten Arbeitern. 51,4% der Befragten hofften, binnen zehn Jahren ein eigenes Unternehmen (Laden oder Werkstatt) aufbauen zu können. Bei den weiblichen Arbeiterinnen genießt die Gerechtigkeitspartei den Vorzug. Die Arbeiterpartei verzeichnete das Höchstmaß an Sympathie unter den Altersgruppen von 21—30. Bemerkenswert ist auch die überwiegende Meinung von regierungsfreundlichen Arbeitern, Sozialismus wäre gleich Atheismus. Im Rahmen dieser Enquete wurde auch festgestellt, daß die Gewerkschaften wenig Einfluß auf die politische Willensbildung der Arbeiter hätten.<sup>34)</sup> Bemerkenswert scheint auch die Meinung der Arbeiter über die beiden Supermächte zu sein: 57% der Arbeiter im Regierungslager betrachten eine Freundschaft mit den USA als nützlich, und 77% halten eine solche mit Rußland für schädlich; in der Arbeiterpartei bewerten 71% eine Freundschaft mit den USA als schädlich, aber immerhin auch 58% eine solche mit Rußland.

### Die Wahlen 1965 und 1969

Wahlergebnisse dienen im allgemeinen zur Feststellung der Funktionsfähigkeit einer parlamentarischen Demokratie und sind insbesondere in den letzten Jahren zu einem präzisen Instrument der politischen Diagnose geworden.

Die Wahlen 1961 sollen hier nicht näher analysiert werden, weil sie zu sehr im Schatten der kurz vorangegangenen Hinrichtungen und der Anwesenheit einer amtierenden Militärregierung standen. Die Wahlergebnisse können bestenfalls als Sondierung der verschiedenen Trends bewertet werden. Dagegen verkörpern sowohl die allgemeinen Wahlen von 1965 und 1969 einen einwandfreien — ohne Druck erfolgten — Entscheidungsprozeß der breiten Wählerschaft.

---

<sup>33)</sup> Die Professoren Kenan Bulutoğlu, Ahmet Niyazi Koç und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter Metin Göker, İlder Turan, Cengiz Arin von der Nationalökonomischen Fakultät der Universität Istanbul haben im Sommer 1969 im Auftrag der großen Tageszeitung „Milliyet“ eine repräsentative Erhebung mit Hilfe einer Stichprobe bei 4959 Arbeitern gemacht, die außerordentlich detailliertes Material über Arbeiterverhalten enthält. *Milliyet*, 14. 9. 1969.

<sup>34)</sup> Die oben erwähnte Untersuchung, *Milliyet*, 29. 9. 69. Zu vergleichen mit Toket Dereli, *The Development of Turkish Trade Unionism*, Istanbul, İktisat Fakültesi.

<sup>35)</sup> *Milliyet*, 1. 10. 69.

Vor Vergleich der beiden Wahlen sei zunächst noch festgestellt, daß die Revolution von 1960 die Konfliktsituation zwischen den beiden Hauptparteien vorübergehend gelöst, aber die Polarisierung nicht aus der Welt geschafft hat. Genau das Gegenteil der im Pronunciamento des Komitee für Nationale Union proklamierten Zielsetzung, nämlich „die unvereinbare Lage der Parteien zu beseitigen“, wurde erreicht.<sup>36)</sup> Das erbitterte Ringen zwischen Regierung und Opposition in den 50er Jahren war frei von jedwedem ideologischen Ballast. Nun änderte sich das zu Gunsten einer Ideologisierung. Während die Demokratische Partei zwar konservativ war, aber eine pragmatische Weltanschauung praktizierte, entwickelte die Gerechtigkeitspartei einen immer ideologischer sich gebärdenden Konservatismus, — mit Bevorzugung der Privatwirtschaft. Der Hauptantagonismus zwischen Privatinitiative und sozialer Gerechtigkeit ist inzwischen zur Achse der türkischen Politik geworden. Dieser Antagonismus erhält eine zusätzliche Spaltungslinie durch die Meinungsunterschiede im Bereich der Außenpolitik. Welche Auswirkungen hatte dies auf die letzten beiden Wahlausgänge?

### Die Wahlen von 1965

Das Proporzsystem wirkte sich beim türkischen Wähler wie bisher aus, d. h. der durchschnittliche Wähler beschäftigte sich weder mit nationalen Problemen, noch mit den persönlichen Qualitäten der lokalen Kandidaten. Diese Wahl hat wiederum gezeigt, daß — ähnlich wie in anderen Entwicklungsländern — der türkische Wähler sich viel eher mit einer Partei aus bestimmten persönlichen oder lokalen Ursachen identifiziert. Diese Identifizierung verursachte einen starken Einsatz bereits vor der Wahl und ließ sich besonders in dörflichen Gegenden feststellen, wo die Unentschiedenheit auf Grund der bereits früher kristallisierten politischen Einstellung nur eine sehr geringe Anzahl von „floating voters“ offenbarte.<sup>37)</sup>

Ein zweiter Trend, der auch 1969 festzustellen war, ist das Fehlen auch nur eines Minimums an Konsens über die Lösung der dringlichsten Probleme. Obwohl die akuten sozio-ökonomischen Sackgassen der Türkei — wie Bodenreform, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Akkumulation des staatlichen Kapitals zur Verbesserung der Infrastrukturen etc. — rationale Denkschemata verlangten, entstand bereits 1965 das von Carl Schmitt als „Freund-Feind-Zustand“ bezeichnete Verhältnis.<sup>38)</sup> Deswegen wurden Wahlentscheidungen viel eher auf Grund furchterregender Stereotypen als auf der Basis logischer Überlegungen gefällt. Das erste Auftreten einer gesetzlich genehmigten sozialistischen Partei, welche die Probleme des Landes mit radikalen Mitteln zu lösen vorschlug, und die angesichts der garantierten Grundfreiheiten ihr Programm

---

<sup>36)</sup> Ergun Özbudun, *The Role of the Military in Recent Turkish Politics*. Harvard Univ. Center for International Affairs, Nov. 1969. S. 40.

<sup>37)</sup> Nermin Abadan, siehe Fußnote 13, S. 65.

<sup>38)</sup> Interessant ist in dieser Beziehung ein Artikel von Metin Toker, bekannter Journalist und Schwiegersohn von I. İnönü, der zwei Wochen vor den Wahlen die Lage der Türkei völlig mit der letzten Phase der Weimarer Republik verglich und die zukünftige Entwicklung der Türkei eher finster beurteilt. Metin Toker, *Dönüşü olmayan yol*, *Milliyet*, 30. 9. 1969.

in Presse und staatlichem Rundfunk und auch in Versammlungen aussprechen konnte, gab noch größeren Anlaß dafür, daß jedwede politische Konkurrenz weitab von demokratischen Spielregeln bewertet wurde.<sup>39)</sup>

Das auf die Verteilung von Reststimmen modifizierte — und auch auf den Senat übertragene d'Hondtsche Wahlsystem — produzierte eine Vermehrung der Parteien auf insgesamt 6 (AP, CHP, MP, CKMP, YTP, TIP)<sup>40)</sup>, ermöglichte aber trotzdem der AP die Gewinnung der absoluten Mehrheit. Diese Tatsache widerlegt die These von M. Duverger, wonach das Proporzsystem die Bildung absoluter Mehrheiten verhindere. Es zeigt gleichzeitig, daß in einem Land mit politisch neumobilisierter Wählerschaft ein Mehrheitssystem unter Umständen sogar zur völligen Dezimierung der Opposition führen kann.

**Tabelle 4: Ergebnisse der letzten zwei Wahlen in der Türkei**

Partei	Jahr	Stimmen	%	Mandate	%
AP	1965	4,9 Mio	52,8	240	53,3
	1969	4,1 Mio	46,6	256	56,9
CHP	1965	2,6 Mio	28,7	134	29,7
	1969	2,4 Mio	27,4	143	31,7
GP	1965	—	—	—	—
	1969	578 393	6,4	15	3,3
MP	1965	582 704	6,6	31	6,8
	1969	295 044	3,2	6	1,3
BP	1965	—	—	—	—
	1969	228 479	2,5	8	1,7
YTP	1965	346 504	3,7	19	3,3
	1969	202 393	2,2	6	4,2
TIP	1965	276 101	2,9	15	3,3
	1969	238 374	2,6	2	0,4
MHP (CKMP)	1965	208 696	2,2	11	2,4
	1969	277 953	3,0	1	0,2
Unabhängige	1965	296 528	3,1	—	—
	1969	510 938	5,6	13	2,9

- AP = Gerechtigkeitspartei
- CHP = Republikanische Volkspartei
- GP = Vertrauenspartei
- MP = Nationalpartei
- BP = Unionspartei
- YTP = Neue Türkeipartei
- TIP = Türkische Arbeiterpartei
- MHP = Nationale Bewegungspartei.

Schließlich haben 1965 die 176 Unabhängigen, die sich zur persönlichen

<sup>39)</sup> Der Linkskurs der Republikanischen Volkspartei und das Wahlprogramm der türkischen Arbeiterpartei wurde unentwegt als „Links von der Mitte, Weg nach Moskau“ oder „Linke gehören nach Moskau“, also mit einer Beschuldigung des totalen Ausverkaufs bewertet.

<sup>40)</sup> Nermin Abadan, siehe Fußnote 13, S. 246.

Wahl stellten und vorwiegend aus ostanatolischen Provinzen kamen, einen viel geringeren Anteil von Stimmen erhalten als 1969 (1965 = 296 528; 1969 = 510 938). Dies erklärt sich zum Teil mit einem höheren Vertrauen gegenüber konstituierten Parteien im Jahre 1965 als im Jahre 1969. Auch die Wahlbeteiligung war 1965 (76 %) viel höher als 1969 (64 %). Das Gefälle der Wahlbeteiligung setzte freilich schon 1965 ein, wo im Vergleich zu 1961 bereits eine Verminderung von 10 % zu registrieren war.<sup>41)</sup>

Interessant hierbei ist die Wahlbeteiligung in den Ostprovinzen. Diese liegt weit über dem nationalen Durchschnitt:

**Tabelle 5: Wahlbeteiligung in den Ostprovinzen**

	1950 Proz.	1954 Proz.	1957 Proz.	1961 Proz.	1965 Proz.
Ostprovinzen	87	90	80	81	75
Gesamt-Türkei	89	88	76	81	71

<sup>42)</sup>

Diese hohe Wahlbeteiligung ergibt sich aus der starken Loyalität, bzw. richtiger aus dem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Großgrundbesitzern (Agas), Scheichs und Stammeshäuptlingen.<sup>43)</sup> Auch muß hinzugefügt werden, daß sich wegen der Rivalität der verschiedenen ethnischen Gruppen die Aktivität der politischen Parteien und der Unabhängigen stets um die Gunst der führenden Köpfe dreht. Die rapide Bevölkerungszunahme und die umgreifende Mechanisierung der Landwirtschaft wirkt hier wie Dynamit. Die Vertreter der Oberschicht versuchen, diesen Prozeß mit Hilfe von regionalen und konfessionellen Parteien aufzuhalten. So ergibt sich das merkwürdige Bild, daß Pluralismus in diesem Lande viel eher eine diffuse Wirkung hat. Die Wählerschaft dagegen wendet sich auf Grund ihrer sprachlichen und vor allem bildungsmäßigen Hemmungen an die Repräsentanten der verschiedenen Parteien in der Hoffnung, hier die Erfüllung ihrer steigenden Erwartungen zu finden.

**Tabelle 6: Wahlbeteiligung**

Jahr	%
1950	89
1954	88
1957	78
1961 (Referendum)	80,5
1965	76
1969	63,8

<sup>41)</sup> Nermin Abadan, siehe Fußnote 13, Tabelle I.

<sup>42)</sup> Ismail Besikci, Dogu Anadolu'da Sosyal ve Siyasal Degismeye etki eden Dinamikler, in *Festschrift für Y. Abadan*, Ankara 1969, SBF Yayini 280, S. 424.

## Die Wahlen 1969

Fast alle politischen Parteien — vor allem aber die Regierungspartei — wurden durch das oligarchische Tendenzen begünstigende, außerordentlich auf Cliqueswirtschaft eingestellte Auswahlverfahren der Kandidaten erschüttert. Die Tatsache, daß beim Proporzsystem eigentlich nur die an der Spitze der Liste stehenden Kandidaten die Chance einer Neu- bzw. Wiederwahl besitzen, schafft ungeheuer starken Druck auf die Parteidelegierten; dabei werden große Summen ausgegeben und starke Rivalitäten schaffen neue innerparteiliche Fehden. Obwohl das Parteiengesetz prinzipiell ein dem amerikanischen Modell, der Primaries, ähnliches allgemeines Wahlverfahren für die Kandidatenaufstellung vorgesehen hatte, ist dieses Verfahren bis heute nicht angewandt worden.<sup>43)</sup> So konnte sich dieser innerparteiliche Kampf zerstörerisch auswirken. Besonders stark war dies bei der AP der Fall, wo neben lokalen Rivalitäten auch ideologische Tendenzen und die Anhänger der aufgelösten Demokratischen Partei eine wichtige Rolle dabei spielten.

Der Sieg der AP — als Nachfolgerin der DP — ist ein weiterer Beweis dafür, daß eine Massenpartei, die sich auf Menschen mit geringer — wenn nicht gar fehlender — Bildung zu stützen hat, ihre Wahlkampagne nicht um das Programm notwendiger Reformen und grundsätzlicher Strukturänderungen aufbauen kann und will. So kann also ein Mehrparteiensystem, das in einem Entwicklungsland an der Macht ist, sich — im Sinne eines historischen Determinismus — nur den Wünschen der Wählerschaft beugen, bzw. das Erwachen gerechtfertigter Forderungen nur durch intensive Behandlung religiöser Themen befriedigen, indem es so die jenseits orientierten Werturteile verstärkt.

Es wäre allerdings falsch, den Wahlsieg der AP allein mit „gebundenen Stimmen“, d. h. einer auf Grund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit hin unfreien Wählerschaft zu erklären.<sup>44)</sup> Die AP hat es sehr geschickt fertig gebracht, die Loyalität der Bauern zu erringen. Dabei spielt die Führerpersönlichkeit eines ehemaligen, mittellosen Bauernburschen eine wichtige Rolle.<sup>45)</sup> Aber auch die Mehrheit der urbanisierten Arbeiterschaft hat die AP unterstützt. War es also eine freie Wahl mit falschem politischen Bewußtsein? Der 6%ige Stimmenverlust der A.P. läßt sich deshalb nicht bloß aus einer Enttäuschung der breiten Massen, sondern wohl vielmehr mit innerparteilichen Zwistigkeiten erklären.

Wie vorausgesehen, hat die Änderung im Wahlsystem vor allem den kleinen Parteien geschadet. Die Rückkehr zum ursprünglichen d'Hondt'schen System, das die großen Parteien bevorzugt, hat alle kleineren Parteien stark dezimiert. Während die beiden großen Parteien — trotz ihres Stimmenverlustes (AP = 52,8 : 46,5%; CHP = 28,7 : 27,4%) — Sitze dazugewonnen hatten (AP = 240 : 256; CHP = 133 : 143), haben die kleineren Parteien starke Einbußen hinnehmen müssen.

---

<sup>43)</sup> Yavuz Abadan, Das türkische Parteiengesetz. In: *Festschrift für G. Leibhart*.

<sup>44)</sup> Mümtaz Soysal, Enkaz arasinda, *Milliyet*, Oktober 1969.

<sup>45)</sup> Die A.P. hat während der Wahlkampagne besonders in kleineren Ortschaften einen Film aufführen lassen: „Sülü Osman“, der den Ministerpräsidenten als völlig mittellosen, armen Hirtenknaben und seinen daran sich anschließenden Aufstieg zeigte.

Interessant ist auch die Aufteilung der Mandate nach den Provinzen:

**Tabelle 7: Aufteilung der Mandate nach Provinzen**

(nur für die 6 kleinen Parteien)			
GP (Vertrauenspartei)	Adana Afyon Agri (x) Ankara	Gaziantep (x) Hakkari (x) Kastamonu Kayseri (x)	Tekirdag Tokat (x) Van (x)
MP	Ankara (2) Istanbul Kirsehir Sinop Yozgat		
BP	Tokat (x) Malatya (x) Corum (x)		
TIP (Türkische Arbeiterpartei)		Istanbul (2)	
MHP (Nationale Bewegungspartei)		Adana	
YTP (Neue Türkeipartei)		Diyarbakir (x) Siirt (x) Bingol (x) Mardin (x) Mus (x)	
	Adiyaman x Agri (x) Bingol (x) Diyarbakir (x) Elazig (x) Hatay (x)	Malatya x Maras (x) Mardin (x) Mus (x) Tokat (x) Van (x)	

Die mit „x“ bezeichneten Provinzen liegen östlich von Ankara, d. h. im nord- oder südöstlichen Anatolien.

Hier ergibt sich ganz klar, daß insbesondere die kleinen Parteien sowie sämtliche Unabhängigen ihre Sitze entweder in Ankara oder östlich von Ankara gewonnen haben. Die Diskrepanz zwischen lokal orientierten und national orientierten Interessen ist somit offensichtlich. Der viel mehr entwickelte Westen hat den kleineren Parteien wesentlich weniger Stimmen gegeben. Eine Ausnahme bilden die in Großstädten wie Istanbul und Ankara für die Sozialistische Partei abgegebenen Stimmen. Hierdurch erklärt sich auch der überraschende Sieg von 15 Unabhängigen, die total mehr Stimmen erhielten als die drittgrößte Partei, die Partei des Vertrauens.

Ein weiterer interessanter Vergleich zwischen den beiden Wahlen bietet sich auch in der hohen Fluktuation in den Parteivorsitzen an. Vier der kleine-

ren Parteien haben ihren ersten Vorsitzenden entweder durch Ableben oder Abdankung oder schlechter Gesundheit verloren. Dr. Yusuf Azizoglu, Führer der Neuen Türkei Partei, starb kurz nach den Wahlen; sein Nachfolger ist der frühere Erziehungsminister der Republikanischen Volkspartei, Prof. Dr. Tashin Banguoglu. Er hatte die Republikaner wegen des Linkskurses von Inönü verlassen. Der Vorsitzende der Union Partei, Hüseyin Balan, trat zurück; an seine Stelle trat R. Timisi. Die starke Kontroverse um die richtige Politik und Kaderbildung der Türkischen Arbeiterpartei verursachte einen doppelten Führerwechsel. Schließlich ist auch der Vorsitzende der Nation Partei zurückgetreten. So ergibt sich, daß nur die Führer der beiden großen Parteien — Demirel und Inönü —, sowie die Vorsitzenden der Vertrauenspartei, Prof. Dr. Feyzioglu, und der Nationalen Bewegungspartei, Oberst Alparslan Türkes, Konstanten geblieben sind. Da wegen des hohen Alters von Inönü in der CHP Diskussionen über seine Nachfolge geführt werden und auch in der AP am Prestige von Demirel gezehrt wird (= Beschuldigung wegen Amtsmißbrauches, Nepotismus etc), scheinen Ansatzpunkte für eine Erneuerung der türkischen Führungsspitze zu bestehen.

Die parlamentarischen wie außerparlamentarischen kritischen Stimmen fordern die Verwirklichung jener Zielsetzungen, die in der Präambel und in einer großen Anzahl von Artikeln der Verfassung von 1961 verankert sind. Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit befinden sich in der Türkei jedoch in Widerspruch. Trotzdem versuchen Armee und Regierungspartei durch ein minimales Befolgen der verfassungsrechtlichen Vorschriften die Lebensfähigkeit eines nach westlichem Vorbild rezipierten Mehrparteiensystems und die daraus resultierende pluralistische Demokratie aufrecht zu erhalten. Diese Aufgabe scheint außerordentlich schwierig, wenn nicht ganz unmöglich zu sein.

Südosteuropa-Studien — Nr. 15

## Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und der Handel mit Südosteuropa

*Referate der Kuratoriumssitzung der Südosteuropa-Gesellschaft  
1970 in Frankfurt*

München 1970. 32 Seiten, broschiert DM 8.50